

amtliche Bekanntmachung

031 K 020/22



AMTSGERICHT ISERLOHN

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Dienstag, 11. Juni 2024, 13:00 Uhr,
im Amtsgericht Iserlohn, Friedrichstraße 108/110, 1. OG, Saal C 208,**

das im Grundbuch von Letmathe Blatt 7144 eingetragene Wohnungseigentum

Grundbuchbezeichnung:

Laufende Nr. 1: 85,01/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück, Letmathe, Flur 20, Flurstück 176, Helmkestraße 3 Gebäude- und Freifläche, Wohnen, 984 m² groß und Flurstück 314, Helmkestraße, Freifläche, 281 m² groß.

Laufende Nummer 2/zu 1: 42,505/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück, Letmathe, Flur 20, Flurstück 178, Helmkestraße Gebäude- und Freifläche, Wohnen, 49 m² groß.

Verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Dachgeschoss (ca. 55 m²) nebst 1 Kellerraum (jeweils Nr. D3 des Aufteilungsplanes).

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um eine im Dachgeschoss gelegene Eigentumswohnung in einem zweigeschossigen, teilunterkellerten Mehrfamilienhaus (Massivbau) mit voll ausgebautem Dachgeschoss mit insgesamt elf Wohneinheiten. Erstbezugsfertigkei um 1900. Nettowohnfläche: 54,42 m².

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 06.07.2022 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 25.000,00 € festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Iserlohn, 06.03.2024